

Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga
Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation
Bundeshaus Nord
3003 Bern

Per Mail an: sekretariat.referenten@gs-uvek.admin.ch

Bern, den 22. September 2020

Vernehmlassung zur Teilrevision des Postorganisationsgesetzes (POG)

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Als Sozialpartner von Post CH AG und PostFinance AG nimmt der Personalverband transfair Stellung zum oben genannten Thema und bedankt sich für die Möglichkeit Position beziehen zu dürfen. PostFinance ist eine systemrelevante Bank. transfair kennt die Herausforderungen, denen sich PostFinance stellen muss. Das Unternehmen ist gefährdet, insbesondere aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus. transfair ist sich ebenfalls bewusst, dass das finanzielle Gleichgewicht von PostFinance die wirtschaftliche Stabilität des ganzen Postkonzerns beeinflusst, ebenso wie die Eigenfinanzierung zur Erbringung von Zahlungsdienstleistungen der Grundversorgung. Sollte PostFinance auf ihren Status als systemrelevante Bank verzichten, würde sie eine ausschliesslich auf Zahlungsverkehr spezialisierte Bank und wäre gezwungen, ihre Kosten systematisch zu optimieren und Stellen zu streichen, was transfair unbedingt vermeiden will. Ausserdem hat es sich seit Beginn der Corona-Krise und mit der Aufrechterhaltung der Grundversorgung trotz der Epidemie wiederholt gezeigt, wie wichtig der Service Public ist. Aus der Sicht von transfair wäre es gerade jetzt unangebracht und riskant, den Service Public zu schwächen.

Generell stellt transfair die folgenden Forderungen:

- Es soll ein hochwertiger Service Public im Dienste der gesamten Schweizer Bevölkerung (auch für Menschen, die keine digitalen Medien nutzen) aufrechterhalten werden
- PostFinance soll eine systemrelevante Bank bleiben
- Das Kredit- und Hypothekervergabeverbot für PostFinance soll aufgehoben werden
- Der Bund soll PostFinance eine unbegrenzte Kapitalisierungszusicherung gewähren
- PostFinance soll weiterhin sichere Arbeitsplätze und faire Arbeitsbedingungen gewährleisten
- Die Bankgebühren für PostFinance Kunden sollen nicht erhöht werden

Im Rahmen dieses Vernehmlassungsverfahrens möchte transfair Stellung nehmen. Die Kommentare befinden sich in den Antworten auf die gestellten Fragen:

Frage 1

Die Vorlage sieht die Aufhebung des Kredit- und Hypothekervergabeverbots für PostFinance AG vor. Welches ist Ihre Haltung zu dieser Massnahme?

Antwort 1: Einverstanden

Bemerkungen:

transfair befürwortet diese Massnahme. Wie oben erwähnt will transfair verhindern, dass PostFinance Kosten optimieren, Stellen streichen und Standorte schliessen muss. Die Aufhebung des Kredit- und Hypothekervergabeverbots sollte zur Stabilisierung der finanziellen Lage von PostFinance und des gesamten Postkonzerns beitragen, was transfair begrüsst. transfair fordert, dass dank dieser Massnahme bei PostFinance Arbeitsplätze erhalten und Standorte gesichert werden. Ausserdem ist der Erhalt der Grundversorgung als Rückgrat der Schweiz mehr als notwendig. Der von PostFinance geleistete Zahlungsverkehr laut Grundversorgungsauftrag hat sich bewährt. transfair wünscht nicht, dass der Zahlungsverkehr von den postalischen Leistungen getrennt wird, insbesondere aufgrund der bestehenden Verflechtung zwischen PostFinance und PostNetz (die Poststellen müssen aufrechterhalten werden). Der Personalverband befürwortet die Entwicklung von PostFinance (neue Dienstleistungen). PostFinance braucht eine innovative Strategie.

transfair fordert den Bundesrat auf dafür zu sorgen, dass PostFinance den anderen Akteuren des Kredit- und Hypothekarmarkts gegenüber ausreichend konkurrenzfähig ist und eine nachhaltige Ertragskraft erreicht. Der Personalverband lehnt kategorisch ab, dass die Aufhebung des Kredit- und Hypothekervergabeverbots für PostFinance zu einem dramatischen Abbau von Arbeitsplätzen führt. Ein Stellenabbau bei PostFinance hätte auch erhebliche negative Auswirkungen auf die Finanzsituation der Pensionskasse Post. transfair ist damit nicht einverstanden. Dies würde die Renten nicht nur der Mitarbeitenden von PostFinance sondern gar des ganzen Konzerns Post gefährden.

Frage 2

Die Vorlage sieht vor, dass der Bundesrat im Rahmen der strategischen Steuerung der Post (Corporate Governance) der PostFinance Vorgaben machen kann, bei der Vergabe von Krediten und Hypotheken die Klimaziele des Bundes zu berücksichtigen. Welches ist Ihre Haltung zu dieser Massnahme?

Antwort 2: Einverstanden

Bemerkungen:

transfair befürwortet auch diese Massnahme und begrüsst die Tatsache, dass klimaverträgliche Projekte einen wesentlichen Teil des gesamten Kredit- und Hypothekarvolumens von PostFinance ausmachen. Der Personalverband ist damit einverstanden, dass PostFinance eine Strategie verfolgt, die sich an den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung orientiert.

Frage 3a

Der Bundesrat schlägt im Rahmen der Vernehmlassung weitere Massnahmen vor, welche nicht Gegenstand der Vorlage sind, aber in einem engen Zusammenhang mit dieser stehen. Eine dieser Massnahmen ist die Reduktion der Beteiligung der Schweizerischen Post AG an PostFinance AG auf die gesetzlich vorgeschriebenen 50% plus 1 Aktie (Teilprivatisierung; Art. 14 Abs. 2 POG). Der Bundesrat erachtet als Voraussetzung für eine erfolgreiche Teilprivatisierung die Aufhebung des Kredit- und Hypothekarvergabeverbots (Art. 3 Abs. 3 POG). Der konkrete Zeitpunkt der Teilprivatisierung muss auf den Geschäftsgang und Marktopportunitäten abgestimmt sein und ist in enger Abstimmung zwischen dem Verwaltungsrat der Schweizerischen Post und dem Bundesrat zu bestimmen. Welches ist Ihre Haltung zu dieser Massnahme?

Antwort 3a: Nicht einverstanden

Bemerkungen:

transfair spricht sich vehement gegen eine Teilprivatisierung aus. Diese ist nicht notwendig, um PostFinance Zugang zum Kredit- und Hypothekarmarkt zu verschaffen. Die zurzeit vom Bundesrat auferlegte Einschränkung hängt nicht von der Rechtsform des Unternehmens PostFinance ab. Dies bedeutet, dass diese Einschränkung auch ohne eine Teilprivatisierung aufgehoben werden kann. Eine Teilprivatisierung würde dazu führen, dass Finanzmittel (Dividenden) aus dem Unternehmen fliessen und nicht mehr, wie bisher, intern investiert werden. Ausserdem würde dies den Grundversorgungsauftrag gefährden und schwächen, was nicht im Sinne dieser Vorlage ist und sich negativ auf die Arbeitsbedingungen bei PostFinance auswirken könnte. Weiter würde eine Teilprivatisierung aufgrund der Notwendigkeit der Gewinnoptimierung den Druck auf die Mitarbeitenden massiv erhöhen.

transfair will, dass PostFinance im Eigentum des Bundes verbleibt. Das Beispiel der Teilprivatisierung von Swisscom hat die Grenzen dieses Modells gezeigt. Seither greift Swisscom wiederholt auf Umstrukturierungen und Sparmassnahmen zurück, was sich negativ auf die Arbeitsbedingungen des Personals auswirkt.

Frage 3b

Für den Bundesrat steht eine mehrheitliche oder vollständige Privatisierung von PostFinance AG zur Zeit nicht im Vordergrund. Ein solcher Schritt würde die Aufhebung von Art. 14 Abs. 2 POG bedingen und wäre mit den bestehenden Regelungen der Grundversorgungsaufträge der Post bzw.

PostFinance insb. im Zahlungsverkehr nicht vereinbar. Die Abgabe der Kontrollmehrheit der Post an PostFinance AG ist aus Sicht des Bundesrates aber eine längerfristige Option. Welches ist Ihre Haltung hierzu?

Antwort 3b: Nicht einverstanden

Bemerkungen:

transfair wehrt sich vehement gegen eine vollständige Privatisierung von PostFinance. Wie auf Seite 14 des vorgelegten Berichts erwähnt, nimmt PostFinance dank der wahrgenommenen Sicherheit als bundesnahes Unternehmen eine zentrale Stellung ein. Im Fall einer vollständigen Privatisierung würde diese wahrgenommene Sicherheit wegfallen, was äusserst schwerwiegende Auswirkungen auf das Unternehmen und das Personal hätte. PostFinance ist ausserdem eine systemrelevante Bank mit einem Grundversorgungsauftrag, der erfüllt werden will. Wie auf Seite 22 des Berichts erwähnt, würden die Kosten der Grundversorgung substantiell ansteigen, falls PostFinance aus dem Konzernverbund herausgelöst würde. transfair will dies um jeden Preis verhindern. Der Personalverband betont einmal mehr, dass diese Grundversorgung eine unentbehrliche Stütze für den Erhalt der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen in der Schweiz darstellt (was namentlich während der Corona-Krise bewiesen wurde). transfair ist der Meinung, dass diese Grundversorgung eine Ertragsquelle des Bundes bleiben soll.

Frage 4a

Eine weitere, im Rahmen der Vernehmlassung vorgeschlagene Massnahme ist eine Kapitalisierungszusicherung der Schweizerischen Eidgenossenschaft als Eigentümerin und Gewährleisterin der Grundversorgungsaufträge an die Schweizerische Post AG mit dem Zweck, die sich abzeichnende Lücke beim Aufbau der regulatorisch vorgeschriebenen Eigenmittel (insbesondere Notfallkapital) von PostFinance AG zu schliessen. Diese Massnahme ist subsidiär zu anderen Massnahmen, in Umfang und Zeitdauer limitiert sowie marktgerecht abzugelten. Sie erlischt, sobald die Eigenmittelanforderungen auf andere Weise erfüllt sind, spätestens im Zeitpunkt der Teilprivatisierung von PostFinance AG. Welches ist Ihre Haltung zu dieser Massnahme?

Antwort 4a: Einverstanden

Bemerkungen:

transfair fordert vom Bund eine Kapitalisierungszusicherung. Diese Lösung soll einmalig und in ihrem Umfang nicht begrenzt sein. Ohne Garantie müsste die Bilanz von Postfinanz gekürzt werden und PostFinance wäre gezwungen, von ihren Bankkunden höhere Gebühren zu verlangen.

Frage 4b

Falls Sie einer Kapitalisierungszusicherung zustimmen, welche Vorgehensweise bevorzugen Sie?

Antwort 4b: Schaffung einer expliziten Rechtsgrundlage im POG

Bemerkungen:

transfair bevorzugt die Option 1 des vorgelegten Berichts, d.h. ein Darlehen aus Tresoreriemitteln. Diese Option ist schneller und braucht kein parlamentarisches Verfahren (wenn der Bund eine finanzielle Verpflichtung gegenüber der Post eingeht, erfordert dies zwingend die Zustimmung der beiden Kammern).

Frage 5

Trotz der verbesserten wirtschaftlichen Aussichten für PostFinance, die aus der Aufhebung von Art. 3 Abs. 3 POG folgen, ist die finanzielle Stabilität der Schweizerischen Post und die eigenwirtschaftliche Erbringung der Grundversorgung mit Post- und Zahlungsverkehrsdienstleistungen langfristig nicht gesichert. Um die Zukunft der Schweizerischen Post auf eine nachhaltige Grundlage zu stellen, ist nach Ansicht des Bundesrates eine vertiefte Diskussion über die Weiterentwicklung der Grundversorgung vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung notwendig. Welches ist Ihre Haltung diesbezüglich?

Antwort 5: Bedingt einverstanden

Bemerkungen:

Aus der Sicht von transfair braucht der Postkonzern eine langfristige Strategie. Das Thema der fortschreitenden Digitalisierung ist jedoch nicht neu. Der Personalverband lehnt es ab, dass aufgrund der fortschreitenden digitalen Prozesse obligatorische Massnahmen für PostFinance-Kunden eingeführt werden. Der Service Public muss für alle zugänglich bleiben, auch für den Teil der Bevölkerung, der solche Prozesse nicht nutzt. transfair lehnt es ab, dass gewisse Bevölkerungskategorien diskriminiert werden, weil sie digitale Hilfsmittel weniger nutzen. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung sollte eine eingehende Prüfung der Grundversorgungsentwicklung vorgenommen werden, um konstruktive Lösungen zum Erhalt des Service Public und der Arbeitsplätze zu finden und nicht um denselben Service Public abzubauen. transfair lehnt es ab, dass diese eingehende Prüfung zu Sparzwecken durchgeführt wird, noch weniger auf dem Rücken des Personals.

Abschliessend fordert transfair, dass die Änderungen des POG in keiner Weise die Arbeitsbedingungen der PostFinance Mitarbeitenden beeinträchtigen. Der Personalverband fordert, dass das Personal weiterhin über einen guten Gesamtarbeitsvertrag verfügt, unabhängig davon, welche Lösung für PostFinance gewählt wird. transfair akzeptiert keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und fordert, dass für das Personal langfristige Perspektiven gesichert werden. Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, auch innerhalb des Unternehmens und für die Mitarbeitenden

müssen unbedingt mit der Aufhebung des Kredit- und Hypothekarvergabeverbots für PostFinance einhergehen.

Wir danken Ihnen im Voraus für das Interesse, das Sie unseren Bemerkungen und Vorschlägen entgegenbringen.

Mit freundlichen Grüßen

transfair – Der Personalverband



René Fürst
Branchenleiter Post/Logistik



Albane Bochatay
Wissenschaftliche Mitarbeiterin